



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Eine-Welt-Politik bleibt Querschnittsthema

Interview mit Ministerin Schwall-Düren



Foto: Land NRW

Dr. Angelica Schwall-Düren,
Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Eberhard Neugebohrn: Die von der Rio-Konferenz vor 20 Jahren beschlossene Agenda 21 war das große Referenzdokument der letzten beiden Jahrzehnte. Von ihr sind entscheidende Impulse zur Verankerung des Paradigmas der Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Alltagsleben ausgegangen. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der diesjährigen Konferenz? Wo kann staatliches oder auch zivilgesellschaftliches Handeln in den nächsten Jahren anknüpfen?

Dr. Angelica Schwall-Düren: Für mich persönlich sind die Ergebnisse der Rio-Konferenz enttäuschend. Aber unabhängig davon gilt: Das Thema Nachhaltigkeit verdient unsere besondere Aufmerksamkeit und ist ein Thema von gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Wir als Landesregierung haben uns auf die Fahne geschrieben, dass wir in allen Bereichen unserer Politik auf Nachhaltigkeit setzen. Das betrifft nicht nur ökologische Fragestellungen, sondern genauso ökonomische sowie auch besonders die Frage sozialer Gerechtigkeit.

Welches Fazit ziehen Sie nach zwei Jahren als Ministerin für Eine-Welt-Politik? Gibt es Akteure, Themen oder Projekte in diesem Bereich in NRW, die Sie besonders beeindruckt oder vielleicht auch gestört haben?

Die Summe aller Anstrengungen zählt. Deshalb kann ich auch einzelne nicht herausheben. Wichtig ist, dass sich alle Aktivitäten sinnvoll in eine Gesamtstrategie unserer Eine-Welt-Politik einpassen. Was mich besonders gefreut hat, ist die Tatsache, dass die Eine-Welt-Politik seit 2010 als wichtiges Querschnittsthema in der Staatskanzlei ressortiert und damit ihr Stellenwert deutlich aufgewertet wurde. Das signalisieren mir auch die Rückmeldungen, die ich in diesem Zusammenhang bekomme.

Wo sehen Sie für sich in diesem Bereich in der neuen Legislaturperiode Prioritäten?

Die Landesregierung will ihre Eine-Welt-Politik auf sechs Handlungsfelder konzentrieren. Neben Bildung gehören dazu Forschung und Wissenschaft, Klimaschutz, Wirtschaft und Energie, die Gestaltung von Regierungshandeln (Governance) und das bürgerschaftliche Engagement. Hier möchten wir gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Diaspora unseren Beitrag zu einer Politik der globalen Verantwortung leisten, die einen Nutzen für alle schafft. Dabei achten wir besonders auf die Wirksamkeit der Maßnahmen und werden verstärkt eine Moderations-Rolle übernehmen, um Prozesse zu stimulieren und zu koordinieren. Herzstück ist die Eine-Welt-Strategie.

Stichwort Eine-Welt-Strategie: Wir sind mit den Ergebnissen des bisherigen Prozesses nicht richtig glücklich. Zwei aus unserer Sicht kritische Punkte:

→ *Das Dokument hat keinen klaren Begriff vom Gegenstand der Strategie: Am Anfang wird mit Bezugnahme auf Willi Brandt eine globale Perspektive auf die Eine Welt eingenommen, die aber anschließend sehr auf Fragen der Entwicklungszusammenarbeit verengt wird.*

INHALT

Seite 2
Editorial

Seite 4
Rio+20
Gipfel der unerledigten Aufgaben

Seite 6
Wissenschaft und Technologie
Ein Symposium der kamerunischen Diaspora

Ein unfairer Handel
Studien zu Bananen und Kakao

Seite 7
Zu Besuch bei den Nachbarn
Stiftung präsentierte sich in Venlo

Seite 8
Weibliche Genitalbeschneidung in Deutschland
Stiftung fördert Fachtagung in Düsseldorf

Seite 9
Kunst und Kultur als Brücke
Exile-Kulturkoordination feiert Jubiläum

Was wurde aus ...
... Schulische Umweltbildung für die Burg Ravensberg?

Seite 10
Nationalparke in NRW
Ökonomisch und ökologisch ein Gewinn

Seite 11
Neu geförderte Projekte

Seite 12
Hinweise

Impressum

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

viele Jahre haben Menschen und Institutionen rund um den Globus auf die Rio+20-Konferenz hingearbeitet und zum Teil hohe Erwartungen entwickelt, ja, Durchbrüche in entscheidenden Zukunftsfragen erwartet oder zumindest erhofft und gefordert. Nun ist die Konferenz vorbei. Die Ergebnisse sind sehr bescheiden. Durchbrüche wurden weder in Sachen Green Economy noch im Hinblick auf Nachhaltige Entwicklungsziele als Nachfolge-Programm der Millenniumentwicklungsziele erreicht. Auch gibt es keine neue UN-Organisation, die sich um die Nachhaltigkeitsfragen kümmert und etwa an die Stelle des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und anderer Programme tritt.

Jens Martens, der Direktor des in Bonn ansässigen Global Policy Forum Europe, war in Rio und hat uns seine Einschätzung aufgeschrieben (Seite 4 in diesem Rundbrief). Auch er ist der Meinung, dass die Ergebnisse der Konferenz bescheiden sind, hält aber die pauschale Kritik vieler Nichtregierungsorganisationen für unangemessen. Er findet, dass verschiedene Pflöcke eingeschlagen worden sind, die der internationalen Gemeinschaft Möglichkeiten eröffnen, im politischen Prozess der nächsten Jahre weiter zu kommen.

Eine der bemerkenswertesten Beobachtungen, die man bei der Konferenz machen konnte, ist der Bedeutungsverlust Europas. Das ist ohne Zweifel auch eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, in deren Zentrum Europa und der Euroraum stehen. Auch im Hinblick auf die globalen Nachhaltigkeitsthemen

müssen wir uns wünschen, dass Europa die innere ökonomische und politische Krise überwindet und international wieder handlungsfähig wird.

In Nordrhein-Westfalen haben die Landtagswahlen die rot-grüne Koalition mit einer klaren Parlamentsmehrheit ausgestattet. Der Koalitionsvertrag hat aus unserer Sicht keine großen Überraschungen gebracht. Die Ziele der Koalitionsparteien in denjenigen politischen Handlungsfeldern, die auch unsere Stiftungszwecke betreffen, können meines Erachtens auch über die Regierungsparteien hinaus in der Landespolitik Unterstützung finden. Zu unserer Stiftung heißt es, dass die Arbeit weiter finanziell gesichert werden soll. Auch an der Spitze unseres Stiftungsrates gibt es keine Veränderungen. Alte und neue Vorsitzende ist die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, ihre Stellvertreter sind die für Eine-Welt-Politik zuständige Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren und Umweltminister Johannes Rimmel. Wir freuen uns auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Landesregierung, aber auch mit allen Landtagsfraktionen.

Zu Beginn der vorigen Legislaturperiode haben wir ein Interview mit Umweltminister Rimmel gebracht. Dieses Mal haben wir Ministerin Dr. Schwall-Düren befragt. Reaktionen und Stellungnahmen zu diesem Interview – wie auch zu allen anderen Beiträgen – sind uns willkommen.

„Ein großer Teil der Menschheit lebt nur eine Dürre, eine Überflutung, einen Ernteausfall vom Hungertod entfernt“ – so fasste der indische

Diplomat und Generaldirektor der FAO, Binay Ranjan Sen, die Situation in weiten Teilen der Welt zusammen. Im Jahr 1960 initiierte er die weltweite „Freedom from Hunger“-Kampagne. In deren Rahmen ergriff 1962 Bundespräsident Heinrich Lübke die Initiative zur Gründung der Deutschen Welthungerhilfe. Die jeweiligen Bundespräsidenten sind seitdem die Schirmherren der Organisation.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Welthungerhilfe zu einer der größten und professionellsten deutschen Hilfsorganisationen entwickelt. Sie leistet Katastrophenhilfe, setzt sich für die weltweite Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung und Ressourcenschonung ein. Sie leistet im wahrsten Sinne des Wortes Entwicklungshilfe und ist eine mächtige Stimme im politischen Kampf um weltweite Gerechtigkeit.

Die Länderanalysen der Welthungerhilfe bezeugen eindrucksvoll, wie die Arbeit der Organisation in den Einsatzgebieten bestimmt ist von einer sorgfältigen Untersuchung der Verhältnisse und von großem Respekt gegenüber den Menschen vor Ort. Immer wieder erreichen uns Nachrichten aus Ländern wie Somalia, Sudan oder Nordkorea, denen wir entnehmen, dass die Welthungerhilfe auch noch unter den schwierigsten Verhältnissen dort durch eigene, meist einheimische Mitarbeiter vertreten ist und ihre Arbeit macht.

Wir gratulieren der Welthungerhilfe, ihrer Präsidentin Bärbel Dieckmann, ihrem Vizepräsidenten Klaus Töpfer, ihrem Generalsekretär Wolfgang Jamann und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich zum 50-jährigen Bestehen und wünschen der Organisation maximalen Erfolg bei ihrem Bemühen, sich selber überflüssig zu machen.

*Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche
Lektüre unseres Rundbriefes
Ihr Eberhard Neugebohrn*



→ Fortsetzung von Seite 1

Eine-Welt-Politik bleibt Querschnittsthema

→ *Das Dokument hat keinen klaren Begriff vom strategischen Subjekt. Geht es um eine Strategie des Landes oder der Landesregierung? Wir hätten uns gewünscht, dass zunächst gründlicher die Potenziale von Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Kommunen, Wissenschaft und Kultur identifiziert worden wären, sowie die Hindernisse, diese Potenziale zu realisieren. Dass dann aus dieser Perspektive entwickelt worden wäre, welche Aufgaben für das Regierungs- und Verwaltungshandeln daraus erwachsen, und schließlich, mit welchen Instrumenten, Verfahren und Strukturen sie wahrgenommen werden sollen.*

Was sagen Sie zu dieser Kritik? Gibt es die Chance, in dieser Sache noch einmal einen umfassenderen Ansatz unter Einbeziehung einschlägiger, auch Institutionen der Politikberatung zu machen? Wie geht der Prozess weiter?

An der Entwicklung der Eine-Welt-Strategie haben viele verschiedene Akteurinnen und Akteure in einem beispielhaft offenen und transparenten Dialog mitgewirkt. Dabei stand der Gedanke von Partizipation ganz oben. Wir hatten zum Beispiel eine Online-Beteiligung mit 52.276 Besuchern, 268 Mitgliedern und 1.580 Beiträgen, Kommentaren und Nachrichten. Oder denken Sie an die öffentlichen Diskussionen zum Beispiel bei den Townhall-Meetings und auf der Bonner Konferenz im Januar. Parallel zur Online-Konsultation haben wir das klassische Instrumentarium der schriftlichen Stellungnahmen genutzt. Auch diese Resonanz war mit mehr als 30 schriftlichen Stellungnahmen verschiedenster Organisationen und Institutionen positiv. Aus meiner Sicht sind wir zu guten Ergebnissen gekommen und werden den Prozess jetzt fortsetzen. Nach der Abstimmung der Eine-Welt-Strategie in den Ressorts und der Zustimmung des Kabinetts geht es an die Umsetzung. Parallel soll der transparente Dialog weitergeführt werden, für den wir übrigens von vielen Seiten, aus Bürgerschaft und Wissenschaft, sehr viel Anerkennung erfahren haben. Ich stelle mir vor, dass wir die Strategie im Verfahren ständig optimieren.

Wie geht es mit den Landespartnerschaften weiter? Wir haben den Eindruck, dass ins besondere die Partnerschaft zu Mpumalanga neue Impulse braucht.

Die internationalen Partnerschaften haben sich bewährt. Im Rahmen dieser Partnerschaften und Kooperationen setzen wir uns für

die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz vor Ausbeutung von Mensch und Land ein. Seit vielen Jahren unterstützen wir mit dem sogenannten Auslandsprogramm NGO's mit Sitz in NRW bei entwicklungspolitischen Projekten im Schwerpunkt Subsahara-Afrika. Die Projektideen werden dabei gemeinsam von Nord- und Südpartnern entwickelt und umgesetzt. Wichtigstes Ziel ist die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, aber auch die Stärkung der Zivilgesellschaft und die nachhaltige Entwicklung. Für die Nachhaltigkeit der Projekte ist es unerlässlich, dass der Südpartner selbst dahinter steht, nur dann werden die einzelnen Maßnahmen auch nach Ende der finanziellen Förderung weiterverfolgt. Diese Erfahrung haben wir auch in unserer Partnerarbeit mit den Ländern des Südens (Ghana, Mpumalanga) gemacht. Deshalb werden wir auf Projekte setzen, die die Eigenverantwortung der Partner stützen und die innovative Ideen in nachhaltige Entwicklung umsetzen. *Die Landesregierung bekennt sich zum Internationalen Standort Bonn. Was bedeutet das in der kommenden Legislaturperiode konkret? Mit welchen Initiativen kann Bonn rechnen?*

Wir stehen darüber mit der Stadt Bonn in engem Kontakt und werden versuchen, passgenaue Initiativen zu entwickeln.

Sind Sie mit der Arbeit der Koordinatoren zufrieden? Wird es Änderungen an diesem Programm geben? Wird es weiterhin das Förderprogramm des Landes zu entwicklungspolitischer Information und Bildung (EPIB) geben?

Die Koordinatorenarbeit ist für die entwicklungspolitische (Bildungs-)Arbeit vor Ort unerlässlich. Deshalb sieht der Koalitionsvertrag vor, dass wir die bestehende Programmarbeit fortführen werden.

Wird es in irgendeiner Form Fördermittel des Landes für Eine-Welt-Aktivitäten der Kommunen geben?

Für mich hat die entwicklungspolitische Arbeit der Kommunen wachsende Bedeutung: Wir werden, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, weiterhin die kommunale Entwicklungsarbeit unterstützen, denn viele Prozesse für nachhaltige Entwicklung werden auf kommunaler Ebene angestoßen und umgesetzt. Kommunale Partnerschaften, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die Zusammenarbeit mit der Diaspora und die Faire Beschaffung sind dabei zentrale Punkte. Durch ein neues Förderprogramm soll insbesondere auch das Engagement der



Floriade in Venlo:

Ministerin Schwall-Düren probiert den NABU-Apfelsaft

Foto: Staatskanzlei NRW

Kommunen im Ausland gefördert werden. Erste Anträge konnten bereits im letzten Jahr positiv entschieden werden, weitere werden dieses Jahr im Rahmen des Haushaltsansatzes folgen können. Bei den Kommunen sehen wir großes Potenzial bei Know-How-Transfer in Länder des Südens im Bereich der Daseinsvorsorge, aber auch in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft auf dem Feld der erneuerbaren Energien.

Sie loben ja häufig und zu Recht das große zivilgesellschaftliche Engagement in Nordrhein-Westfalen. Wo sehen Sie auch Schwächen unserer NGO-Akteure und -Strukturen? Wo wünschen Sie sich Weiterentwicklungen?

Nordrhein-Westfalen ist das Land mit den meisten entwicklungspolitisch tätigen Organisationen und NGO's. Die Landesregierung fördert und hilft bei der Vernetzung der über 3000 ehrenamtlichen Eine-Welt-Gruppen und des Eine-Welt-Netzes unter Achtung deren Unabhängigkeit als zivilgesellschaftliche Akteure. Das ehrenamtliche Engagement ist enorm und damit eine der ganz großen Stärken Nordrhein-Westfalens! Ich glaube aber auch, dass NGO's in ihrer Rolle als Impulsgeber und Projektträger den Dialog und die Abstimmung mit Regierungsstellen, Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Diaspora vertiefen sollten.

Wir fühlen uns mit unserer Stiftungsarbeit insgesamt von der Landesregierung wertgeschätzt und unterstützt. Welche Erwartungen oder Wünsche haben Sie an die Stiftung Umwelt und Entwicklung und ihre Arbeit? Was können wir aus Ihrer Sicht vielleicht noch besser machen?

Das freut uns sehr. Unsere Arbeit ist immer nur so gut, wie die der einzelnen Akteurinnen und Akteure, die sie unterstützen. Ich bin überzeugt, Landesregierung und Stiftung können im Dialog wichtige Anregungen für die Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Arbeit bekommen. Diesen Dialog sollten wir fortsetzen!



Foto: Wolfgang Obenland

Rio+20

Gipfel der unerledigten Aufgaben

von Jens Martens

Glaubt man den Presseberichten und Stellungnahmen vieler deutscher Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, war die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung, die am 22. Juni in Rio de Janeiro zu Ende ging, ein absolutes Desaster. Bundesumweltminister Peter Altmaier und auch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon übten sich dagegen in Zweckoptimismus und verwiesen darauf, dass Rio den Anfang und nicht das Ende eines langen Prozesses markiere. „Die Reden sind vorbei, nun beginnt die Arbeit“, sagte Ban Ki-moon zum Abschluss der Konferenz.

Tatsächlich liefert das 49-seitige Ergebnisdokument der Rio-Konferenz völlig unzureichende Antworten auf die globalen Krisen. Der Text enthält viel Verhandlungslyrik und wenig konkrete Beschlüsse, die mit politischen oder gar finanziellen Verpflichtungen verbunden sind. Und dennoch wäre es verfehlt, von einem „kolossalen Scheitern“ des Gipfels zu sprechen oder gar den Multilateralismus gleich gänzlich

für tot zu erklären, wie es in deutschen NRO-Kreisen gelegentlich zu hören war. Denn bei wesentlichen Beschlüssen des Gipfels ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Rio-Prinzipien bestätigt

Überschattet wurden die gesamten Verhandlungen von heftigen Kontroversen über das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten. Dieses Prinzip bildete einen der Meilensteine der Rio-Deklaration von 1992. Zum ersten Mal hatten die Regierungen damals ihren unterschiedlichen Beitrag zur Umweltzerstörung anerkannt – und damit auch ihre unterschiedliche Verantwortung, für die Wiederherstellung des Ökosystems und die Anpassung an Umweltschäden zu bezahlen. Nach Ansicht der USA und der EU sei dieses Prinzip angesichts der veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisse nicht mehr zeitgemäß. Dies trieb die Regierungen der

„G 77“ gemeinsam auf die Barrikaden. Am Ende setzten sie sich durch, die Rio-Prinzipien wurden durchweg bestätigt. Die entscheidende Frage blieb allerdings unbeantwortet: Wie kann die unterschiedliche Verantwortung jenseits der platten und in der Tat anachronistischen Aufteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer bemessen und in monetäre Größen übersetzt werden?

Green-Economy-Ansatz neutralisiert

In den Verhandlungen über Schritte zu einer grünen Wirtschaft neutralisierten sich Gegner und Befürworter des Konzepts weitgehend. Auf der einen Seite gelang es der EU nicht, ihren Vorschlag einer Green-Economy-Roadmap mit konkreten Zielen und Maßnahmen, etwa zur Steigerung der Ressourceneffizienz, durchzusetzen. Auf der anderen Seite konnten Länder wie Bolivien, die eine vollständige Kommerzialisierung der Natur befürchteten,

nicht verhindern, dass der Begriff überhaupt im Abschlussdokument auftaucht. Die Regierungen beschränkten sich am Ende vor allem auf einige unverbindliche Maßnahmen zur Förderung umweltgerechten Wirtschaftens.

Halbherzige Reform des Umweltprogramms der UN

Auch bei ihrem zweiten politischen Ziel für die Rio-Konferenz konnte sich die EU nicht durchsetzen: Die Aufwertung des UN-Umweltprogramms (UNEP) zu einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen scheiterte am Ende unter anderem am Widerstand der USA. Aber auch zahlreiche Länder des globalen Südens haben sich gegen eine derartige Stärkung von UNEP ausgesprochen, weil sie eine Verlagerung von Finanzmitteln innerhalb des UN-Systems vom Entwicklungs- zum Umweltbereich befürchteten. Diese Sorge war nicht unbegründet, denn zum einen plädierte die EU für eine finanzielle Stärkung von UNEP, zum anderen war sie nicht bereit, zusätzliche Finanzverpflichtungen einzugehen. Am Ende blieb der laue Kompromiss, das Budget von UNEP durch zusätzliche reguläre Haushaltsmittel der UN und freiwillige Beitragsleistungen der Mitglieder zu steigern. Außerdem sollen dem Verwaltungsrat von UNEP künftig alle 193 Mitgliedsstaaten der UN angehören. Ob dies seine politische Handlungsfähigkeit erhöht, ist fraglich.

Neues Politisches Forum der UN

Im Vorfeld von Rio wurde vorgeschlagen, die schwache UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) durch einen UN-Rat für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Council) nach dem Vorbild des UN-Menschenrechtsrates zu ersetzen. Dieser Vorschlag wurde auch von der Bundesregierung unterstützt. Als Gegenkonzept brachte Mexiko die Idee eines hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung (High Level Political

Forum) in die Diskussion. Diese Idee wurde von den „G 77“ unterstützt und setzte sich am Ende durch. Denn gerade viele kleinere Länder des Südens sind grundsätzlich misstrauisch gegenüber neuen Gremien mit begrenzter Mitgliedschaft, in denen sie nicht vertreten sind. Dem neuen Forum gehören, anders als dem anvisierten Nachhaltigkeitsrat, alle 193 Mitglieder der UN an. Ob es mehr als ein weiteres Forum zum Austausch diplomatischer Gemeinplätze sein wird, hängt von seinem politischen Mandat und den Modalitäten seiner Arbeit ab. Über diese Details wird die UN-Generalversammlung im Herbst 2012 entscheiden.

Globale Nachhaltigkeitsziele nach 2015

Breite Unterstützung erhielt der Vorschlag, globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) zu vereinbaren, die nach dem Jahr 2015 die bisherigen Millenniumentwicklungsziele (MDGs) ergänzen oder sogar ersetzen sollen. Viele sehen in diesem Beschluss den größten Erfolg von Rio. Allerdings vereinbarten die Regierungen lediglich, eine 30-köpfige Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern einzusetzen, die bis zum Herbst 2013 Vorschläge für ein Set künftiger SDGs vorlegen soll. Anders als die MDGs sollen diese Ziele für alle Länder der Erde Gültigkeit besitzen. Noch ungeklärt ist, wie dieser Prozess mit den Diskussionen über die Zukunft der MDGs und die Post-2015-Entwicklungsagenda verschränkt wird. Im Abschlussdokument von Rio heißt es lediglich, die Prozesse sollen „koordiniert und kohärent“ erfolgen.

Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Jede Entscheidung über ein Set zukünftiger Entwicklungsziele wird wirkungslos bleiben, wenn die Regierungen nicht gleichzeitig verbindlich vereinbaren, welche Mittel sie zur Verwirklichung der Ziele bereitstellen. Aus diesem Grund kann eine Entscheidung von Rio an Bedeutung

gewinnen, die bislang kaum beachtet wurde. Die Regierungen vereinbarten, eine 30-köpfige Expertengruppe einzusetzen, die Optionen für eine zukünftige Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Financing Strategy) formulieren soll. Bis 2014 soll sie einen Bericht vorlegen, in dem sie den künftigen Finanzbedarf abschätzt, die gegenwärtigen Finanzierungsinstrumente bewertet und potentielle neue Initiativen prüft. Dies bietet die Gelegenheit, das System der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung in einem Gremium auf den Prüfstand zu stellen, das nicht von den klassischen Geberländern dominiert wird.

Alternative Fortschrittsmaße jenseits des BIP

Die Regierungen haben im Rio-Abschlussdokument auch auf die Forderungen reagiert, umfassendere Maße für gesellschaftlichen Fortschritt zu entwickeln, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen sollen. Die Vereinten Nationen und ihre Statistikkommission erhielten den Auftrag, dazu ein Arbeitsprogramm zu entwickeln. Damit bietet sich erstmals die Chance, die diversen Initiativen über alternative Modelle und Indikatorensysteme zur Messung von Wohlergehen und gesellschaftlichem Fortschritt – von Bhutan bis zur OECD – auf globaler Ebene zusammenzuführen. Dieses Thema stand auch im Zentrum zahlreicher Veranstaltungen, die parallel zur offiziellen Konferenz stattfanden.

Die Beschlüsse von Rio sind trotz dieser vereinzelt positiven Aspekte zweifellos völlig unzureichend. Sie setzen aber eine Reihe von Prozessen in Gang, in denen der Diskurs über neue Wohlstandsmodelle, Entwicklungskonzepte und Finanzierungsalternativen auf globaler Ebene fortgesetzt und intensiviert werden kann. Ihr Ausgang ist mehr als ungewiss. Sich aber von vornherein aus diesen multilateralen Prozessen zurückzuziehen, wäre in jedem Fall die falsche Antwort.

→ Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forum Europe und hat an der Rio+20-Konferenz teilgenommen.

Wissenschaft und Technologie

Ein Symposium der kamerunischen Diaspora



Die Kameruner bilden in Deutschland die drittgrößte Migrantengruppe aus Subsahara-Afrika. Nach einer Statistik des DAAD sind unter den Migranten aus Kamerun überdurchschnittlich viele Studierende, vor allem aus den Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und der Medizin. Die junge wissenschaftliche kamerunische Diaspora organisiert sich in Gruppen wie dem Verein Kamerunischer Ingenieure und Informatiker (VKII e. V.).



Dieser Verein organisiert seit 2001 jährlich das internationale Wissenschafts- und Technologiesymposium der kamerunischen Diaspora (FoSTDIC). Das diesjährige Symposium am 18. und 19. Mai in Dortmund befasste sich mit dem Thema „Nord-Süd Wissens- und Technologietransfer im Zeitalter der Informations- und Kommunikationstechnologien“, mit besonderem Augenmerk auf die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Kamerun.

Am ersten Tag diskutierten die rund 250 Gäste aus den Bereichen Technologie, Wissenschaft, Medizin und Politik über die verschiedenen Möglichkeiten und Chancen des gegenseitigen Wissens- und Technologietransfers. Institutionen und Organisationen aus Deutschland sowie Migrantenorganisationen präsentierten dazu Beispiele gelungener Zusammenarbeit. Einen Tag später wurden die Diskussionen in verschiedenen Workshops noch vertieft, mit Themen wie „Finanzierung von gemeinschaftlichen Projekten und Innovationen in Afrika“ oder „Technologietransfer und Infrastruktur“. Am Ende der Konferenz unterzeichneten der Verein Kamerunischer Ingenieure und Informatiker und die Universität von Yaoundé eine Absichtserklärung zur künftigen engen Kooperation.

Die Stiftung hat das Symposium mit 17.510 Euro unterstützt.

➔ Weitere Informationen unter www.adv-nrw.org sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4775

EIN UNFAIRER HANDEL

Studien zu Bananen und Kakao

Mit den miserablen Arbeitsbedingungen bei der Bananenproduktion beschäftigen sich zwei neue Publikationen. „Das krumme Ding mit der Banane“ ist der Titel einer Studie, die Südwind und Misereor herausgegeben haben. Sie analysiert die globale Wertschöpfungskette, die Preispolitik deutscher Supermarktketten und die Situation auf Bananenplantagen in Costa Rica und Kolumbien. Das Fazit der Autoren lautet: Durch die Vormachtstellung von multinationalen Fruchtkonzernen und die Preiskämpfe im Einzelhandel verschlechtern sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse für Plantagenarbeiter und Kleinbauern immer mehr. Eine weitere negative Folge sind massive Schädigungen der Umwelt. Südwind und Misereor unterstützen daher die europaweite Kampagne „Make Fruit Fair!“. Sie fordert von der EU-Kommission, die Einkaufsmacht der Supermärkte zu regulieren, um die gravierenden negativen Folgen zu reduzieren.

Eine gute Ergänzung zur Südwind/Misereor-Studie bietet die Broschüre „Bittere Bananen“ von Oxfam Deutschland. Sie basiert auf einer Befragung von 63 Personen, die in Ecuador auf Plantagen und im Verpackungsbereich arbeiten. Ein Schwerpunkt der Studie ist die Verletzung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten.

Eine weitere Studie von Südwind, „Vom Kakaobaum bis zum Konsumenten“, beschäftigt sich mit der Wertschöpfungskette von Schokolade. Vor allem in den westafrikanischen Anbaugebieten leben viele Kakaobauern unter der Armutsgrenze und Kinderarbeit ist weit verbreitet. Hauptursachen sind auch hier die Dominanz weniger multinationaler Konzerne und die in den letzten Jahren gesunkenen Preise für Kakao.

Alle drei Publikationen beschränken sich nicht auf die Darstellung der derzeitigen Situation, sondern richten sich mit Forderungen und Handlungsempfehlungen an Politik, Wirtschaft und Verbraucher.



➔ Download der Studien unter www.suedwind-institut.de und www.oxfam.de

Zu Besuch bei den Nachbarn

Stiftung präsentierte sich in Venlo



Foto: SUE/Winkelmann

Gartenbaufreunde kommen zurzeit in der niederländischen Stadt Venlo auf ihre Kosten. Dort findet von April bis Anfang Oktober die Floriade statt, die größte Garten-Expo der Welt. Sie wird alle zehn Jahre in den Niederlanden ausgerichtet und widmet sich dieses Jahr den Themen Gartenbau, Agrobusiness und Tourismus. Auf einem 66 Hektar großen Gelände präsentieren sich 40 Länder – darunter China, Indonesien, Spanien, Sri Lanka und die Türkei – und viele weitere Teilnehmer. Auch Nordrhein-Westfalen ist mit einem Pavillon vertreten, in dem Wechselausstellungen von mehr als 40 Städten, Institutionen und Vereinen gezeigt werden.

Während der NRW-Woche vom 16. bis 22. April präsentierte sich das Land mit einem besonderen Programm, das von Europaministerin Angelica Schwall-Düren eröffnet wurde. „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ lautete das Motto des ersten Tages, an dem auch die Stiftung teilnahm. Sie informierte über ihre eigene Arbeit und stellte, gemeinsam mit den NABU-Naturschutzstationen Münsterland und Niederrhein, von ihr geförderte Projekte vor: die „Niederrhein-Guides“ und die „NaturGenussroute“ im Münsterland. Trotz der Kälte fanden viele Besucher aus ganz Europa den Weg in den NRW-Pavillon. Ein vielseitiges und kurzweiliges Programm unterhielt die Gäste. Der NABU bot eine eigens für die Floriade organisierte Kurzführung in die Umgebung des Pavillons an. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt: vom NABU hergestellter Apfelsaft und selbstgebackene Kekse kamen bei den Besuchern gut an.

➔ Mehr Informationen unter www.floriade.de, www.niederrhein-guides.de und www.naturgenussroute.de sowie in unserer Projektdatenbank U-3189/3392 und U-3215

Wir gratulieren!



Foto: Dave Grossmann

Mit seinem Stück „2+x Welten“ war Cactus Junges Theater aus Münster einer der Preisträger beim 33. Theatertreffen der Jugend Ende Mai in Berlin. Die Stiftung hat das Stück, das die Fragen nach der eigenen Identität von Männern zwischen Afrika und Deutschland thematisiert, mit 24.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.cactus-theater.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4716

Etwas großzügiger

Änderungen bei Förderregelung

Der Vorstand unserer Stiftung hat in einigen Punkten Änderungen am Regelwerk für unsere Förderung beschlossen. Die Veränderungen betreffen den Kosten- und Finanzierungsplan.

Auf der Kostenseite werden wir in Zukunft etwas großzügiger bei der Gewährung der Verwaltungskostenpauschale sein. Grundlage ihrer Berechnung ist die Summe der Personal-, Investitions- und Sachkosten des geförderten Projekts. Auch die Laufzeit der Projekte wird in Zukunft eine Rolle spielen. Bei großen und mehrjährigen Projekten werden wir die Verwaltungskostenpauschale pro Projektjahr ermitteln. Bei bis zu 100.000 Euro Projektkosten pro Jahr können wir bis zu 10 Prozent als Verwaltungskostenpauschale anerkennen, für den die 100.000 Euro übersteigenden Anteil pro Jahr bis zu 5 Prozent.

Auch auf der Finanzierungsseite hat sich etwas geändert. Projekteinnahmen (z. B. Eintrittsgelder für Projektveranstaltungen, Teilnahmegebühren für Seminare, Erlöse für den Verkauf von Projekt-Publikationen etc.) werden wir in Zukunft als Teil der Eigenmittel und nicht mehr als eigene Finanzierungs-kategorie neben Eigenmitteln, Kofinanzierungsmitteln und der Förderung durch die Stiftung. Damit wird es unseren Fördernehmern etwas leichter gemacht, den erforderlichen Eigenanteil an der Finanzierung ihres Projektes aufzubringen.

➔ Einzelheiten sind in den „Erläuterungen zur Antragstellung“ auf unserer Website zu finden unter:

www.sue-nrw.de/foerderung/antragstellung/groessere-projekte.html

Weibliche Genitalbeschneidung in Deutschland

Stiftung fördert Fachtagung in Düsseldorf

Weltweit sind nach Schätzung von UNICEF 140 Millionen Frauen von Genitalbeschneidung betroffen. Das Thema wird in Deutschland als ein „Süd-Problem“ wahrgenommen, ein Bezug zu unserer Gesellschaft scheint nicht gegeben. Das ist eine Fehleinschätzung, auf die zum Beispiel 2011 eine „Tatort“-Folge aufmerksam machte. In dem Film sollen Kinder somalischer Migranten dem Ritual der Geschlechtsbeschneidung unterzogen werden. Die Kommissare Lena Odenthal und Mario Kopper können – natürlich – im letzten Moment eingreifen und die Kinder retten. Dass das Szenario nicht ganz unrealistisch ist, zeigen aktuelle Schätzungen von Terre des Femmes: Demnach sind 24.000 Frauen in Deutschland unmittelbar von Genitalbeschneidung betroffen, mindestens 6.000 Mädchen gelten als gefährdet. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies, dass zumindest 1.200 Mädchen bedroht sind, vermutlich sind es mehr.

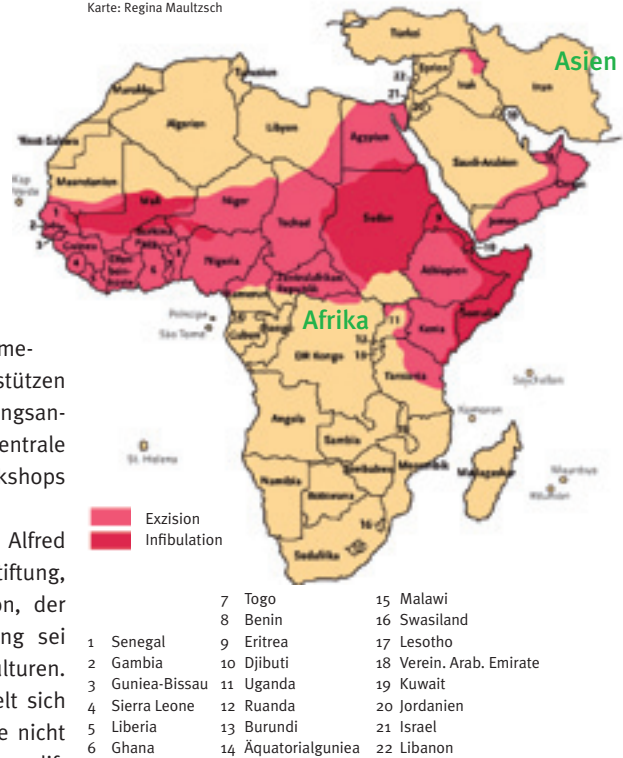
Um das schwierige und von Tabus behaftete Thema aufzugreifen, organisierte der Düsseldorfer Verein „Stop Mutilation“ Anfang Juni eine Fachtagung für pädagogische Fachkräfte. Denn Erzieherinnen, Lehrkräfte oder in der Mädchenarbeit Tätige sind diejenigen, die im Alltag im unmittelbaren Kontakt mit den betroffenen Mädchen stehen. Ziel der Konferenz war es, den rund 80 Teilnehmenden konkrete Unterstützung für ihren beruflichen Alltag

zu bieten: Woran lässt sich erkennen, wenn ein Mädchen von Genitalverstümmelung bedroht ist? Wie kann man es unterstützen und schützen? Welche Hilfs- und Beratungsangebote gibt es? Diese und weitere zentrale Fragen wurden in Vorträgen und Workshops behandelt.

In seinem Grußwort wandte sich Alfred Buß, Vorstandsvorsitzender unserer Stiftung, gegen die gelegentliche Argumentation, der Kampf gegen die Genitalverstümmelung sei eine illegitime Einmischung in fremde Kulturen. „Bei dieser grausamen Tradition handelt sich um eine Menschenrechtsverletzung, die nicht geduldet werden darf! Die Würde der Frau differiert nicht von Kulturkreis zu Kulturkreis oder von Land zu Land. Menschenrechte gelten für alle Mädchen und Frauen auf der ganzen Welt, unabhängig davon, wo sie leben.“

In den anschließenden Fachreferaten beleuchtete zunächst der Gynäkologe Christoph Zerm die gesundheitlichen Folgen und die kulturellen Hintergründe weiblicher Genitalbeschneidung. Anschließend erläuterte der Rechtsanwalt Dirk Wüstenberg die Rechtslage und behördliche Hilfen bei Kindeswohlgefährdung. Nana Camara von der französischen Organisation GAMS (Groups pour l'Abolition des Mutilations Sexuelles) schilderte die Ansätze und Programme in unserem Nachbar-

Karte: Regina Maultzsch



land. Dort gibt es deutlich mehr Erfahrungen im Umgang mit dem Thema. Frankreich kann hier in mehrfacher Hinsicht Vorbild für Deutschland sein. Am Nachmittag fanden dann drei Workshops statt, in denen die Themen vertiefend behandelt wurden. Um die Ergebnisse der Fachtagung und zusätzliche Informationen weiteren Interessierten zugänglich zu machen, soll ein Leitfaden mit Handlungsanleitungen für pädagogische Fachkräfte entstehen. Er wird ab dem Herbst auf der Internetseite www.stop-mutilation.org als Download verfügbar sein.

Der Verein „Stop Mutilation“ leistet seit 1996 direkte Hilfe für Mädchen und Frauen, die von Genitalbeschneidung betroffen oder bedroht sind. In Düsseldorf betreibt er eine Beratungsstelle. Die Mitarbeitenden sind afrikanischer Herkunft, bei Bedarf kooperieren sie mit Behörden und anderen Fachstellen. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter Nordrhein-Westfalen hat „Stop Mutilation“ im Januar 2011 eine Telefonberatungshotline eingerichtet. Die Gründerin des Vereins, Jawahir Cumar, wurde für ihr Engagement gegen die weibliche Genitalverstümmelung im Juli 2011 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Die Stiftung fördert die Fachtagung und den Leitfaden mit 20.500 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.stop-mutilation.org sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4773



Kunst und Kultur als Brücke

Exile-Kulturkoordination feiert Jubiläum



Tina Jerman, Alfred Buß und Denis Goldberg

Am 4.10.2001 – 14 Tage nach der konstituierenden Sitzung unseres Stiftungsrates – ging bei uns der Antrag zur Förderung des „Schul-Pool Eine Welt“ ein – eines der ersten Projekte, das von uns gefördert wurde. Projektträger war der Verein Exile-Kulturkoordination, der kürzlich sein 30-jähriges Bestehen feierte. Rund 150 Gäste kamen am 15. Juni zum Empfang in der Essener Volkshochschule. Sie erlebten ein

buntes Programm mit Reden, Podiumsdiskussion, Film und Musik.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Vorstandsvorsitzenden unserer Stiftung, Alfred Buß. Er skizzierte die Entwicklung von Exile und betonte die Vielfalt der heutigen Arbeit. „Die Förderung von Kunst und Kulturen der nach Deutschland Zugewanderten ist bis heute eine zentrale Zielsetzung des Vereins. Aber das Arbeitsfeld hat sich erweitert. Die Aktivitäten von Exile orientieren sich an der Einen Welt, für die wir gemeinsam Verantwortung tragen.“ Die Themenvielfalt von Exile zeigt sich auch in den von der Stiftung geförderten Projekten: Dem globalen Lernen widmeten sich „Schul-Pool Eine Welt“ und „Kulturelle Begegnung – Vielfalt erleben“. Das ursprüngliche Thema „Migranten“ griff Exile 2004 mit dem Migration-Audio-Archiv auf. Den regional erweiterten Radius der Arbeit verdeutlicht die Internetplattform „Gesichter Afrikas“.

Die engen Verbindungen zwischen Exile und Afrika wurden auch bei der Jubiläumsfeier deutlich: Der südafrikanische Bürgerrechtler und Autor Denis Goldberg erzählte, wie sich seit 1995 aus einem ersten Treffen mit der Exile-Geschäftsführerin Tina Jerman eine erfolgreiche und menschlich bereichernde Zusammenarbeit entwickelte. Auf bisher 33 Lesereisen durch ganz Deutschland hat Goldberg über seine Erfahrungen berichtet und für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben geworben.

Ein neuer südafrikanischer Kooperationspartner von Exile präsentierte sich bei der Jubiläumsfeier erstmals vor deutschem Publikum: die Jugendjazzband der Kronendal Music Academy. Die sechs jungen Leute und ihre Musiklehrerinnen begeisterten das Publikum mit ihrem Können und ihrer Spielfreude. Und sie bewiesen, was Alfred Buß in seinem Grußwort gesagt hatte: „Kunst und Kultur können zwischen Fremden Brücken schlagen.“

WAS WURDE AUS ...

... Schulische Umweltbildung für die Burg Ravensberg?

Die 1985 gegründete „Stiftung für die Natur Ravensberg“ mit Sitz in Kirchlingern nennt in ihrer Satzung als Stiftungszwecke „den Schutz, die Pflege und Entwicklung natürlicher Lebensräume für Pflanze, Tier und Mensch sowie darüber hinaus die Förderung zukunftsweisender Lösungsansätze bei aktuellen ökologischen Problemen“. Bei ihren auf die Region Ostwestfalen-Lippe konzentrierten Aktivitäten arbeitet die Stiftung eng mit heimischen Institutionen und Verbänden zusammen.

Namensgeber der Stiftung ist die nahe gelegene Burg Ravensberg. Die Burg aus dem 11. Jahrhundert, inmitten des europäischen Naturschutzgebiets Teutoburger Wald gelegen, wurde nach einer langen Periode des Verfalls vor rund zehn Jahren von engagierten Bürgern mit Hilfe der eigens gegründeten „Stiftung Burg Ravensberg“ erworben und saniert. Die auf ökologische Themen konzentrierte Partnerstiftung „Stiftung für die Natur Ravensberg“ erarbeitete zwischen 2006 und 2008 ein Programm zur schulischen Umweltbildung. In dem Projekt



Foto: Stiftung Burg Ravensberg

wurden insgesamt 20 Unterrichtseinheiten für Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen entwickelt. Mit Themen wie „Wald und Luft“, „Ökosystem Boden“ oder „Verteilung der Nahrungsgrundlagen“ wurde nachhaltiges Denken und Handeln mit engem Bezug zur eigenen Lebenswirklichkeit vermittelt. Geschichte und Natur der Region ließen sich über das Denkmal Burg Ravensberg anschau-

lich demonstrieren. Die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen hat das Projekt mit 82.772 Euro gefördert.

Ausgehend von diesem Projekt hat sich auf der Burg Ravensberg ein umfangreiches Bildungsprogramm etabliert. 2011 erlebten rund 3.000 Schüler die Angebote zu Themen wie „Wasser“, „Fledermäuse“, „Weinbergschnecken“ oder „Bäume des Teutoburger Waldes“. Für das erste Halbjahr 2012 hat sich die Schülerzahl im Vergleich zu 2011 noch einmal um gut 15 Prozent erhöht. Auch bei historischen Angeboten spielen Natur und Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle, erzählt Wolfhart Kansteiner von der „Stiftung für die Natur Ravensberg“: „Bei der Besteigung des Wehrturmes, der ein Fluchtturm war, drängt sich den Schülern die Frage nach dem ‚Aushungern‘ und damit nach dem Thema Ernährung auf. Und wenn sie um die Außenmauern der Burg herumgehen, stoßen die Kinder auf die Weinbergschnecken, die ihre ungeteilte Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.“

➔ Weitere Informationen unter www.burg-ravensberg.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3228

Nationalparke in NRW

Ökonomisch und ökologisch ein Gewinn

Foto: Dirk Tornede



„Das Land will mit seinen Möglichkeiten zur Errichtung eines Nationalparks Teutoburger Wald beitragen und die regionale Initiative begleiten“: So heißt es im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung. Den Nationalparkbefürwortern wird diese und jegliche andere Unterstützung willkommen sein, denn das Projekt ist in der Region weiterhin umstritten. Die Nationalparkgegner bleiben bei ihrem strikten „Nein“.

Trotz starker ökologischer Argumente, zum Beispiel, dass knapp die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in Nordrhein-Westfalen bedroht ist. Und trotz guter ökonomischer Aussichten, wie sie das Gutachten der Roland Berger Strategy Consultants dem geplanten Nationalpark bescheinigt. „Das sind ja nur Prognosen“, lautet ein Argument gegen das Gutachten. Aber es gibt durchaus auch Erfahrungen und belastbare Zahlen zu den positiven wirtschaftlichen Effekten von Nationalparks. Dies zeigt ein Blick auf den 2004 eröffneten Nationalpark Eifel.

Auch dort gab es anfangs Vorbehalte gegen ein hochkarätiges Schutzgebiet, doch die haben sich mittlerweile weitgehend in Luft aufgelöst. Kritik kommt heute vor allem von Naturschützern, denen es in der Eifel nicht schnell und entschieden genug voran geht mit „Natur Natur sein lassen“. Das allerdings war abzuse-

hen: schließlich hat der Nationalpark Eifel noch bis maximal zum Jahr 2034 den Status eines Entwicklungsnationalparks. Spätestens dann müssen mindestens 75 Prozent des Nationalparks in ihren eigenen natürlichen Kreisläufen funktionieren, damit der Nationalpark nach dem internationalen Klassifizierungssystem der World Conservation Union (IUCN) anerkannt wird.

Die Ergebnisse des Sozioökonomischen Monitorings für die ersten sieben Nationalparkjahre sind überwiegend positiv. Das zeigt der im Februar 2012 veröffentlichte erste „SÖM-Bericht“ für die Eifel. Nach Berechnungen des Würzburger Professors Hubert Job für das Jahr 2007 gaben die Touristen in der Nationalparkregion insgesamt 8,7 Millionen Euro aus. Daraus entstanden Einkommen von 4,3 Millionen Euro – rechnerisch sind das 265 Arbeitsplätze, die vom Tourismus im Nationalpark profitieren.

Dies mag einer der Gründe sein, dass die Akzeptanz des Nationalparks bei der einheimischen Bevölkerung inzwischen stark angestiegen ist. Bei einer Befragung von 555 Haushalten sprachen sich 63 Prozent für den Nationalpark aus. Eine nahezu identische Entwicklung gibt es übrigens im ebenfalls 2004 gegründeten hessischen Nationalpark Kellerwald. Warum sollte es in Ostwestfalen anders sein?

Großes Interesse am Nationalpark

Mehr als 1.000 Besucher kamen zur Nationalpark-Infomesse, die am 20. Mai im Kongresshaus von Bad Lippspringe stattfand. Anlass für die Messe war der Internationale Tag der Parke. Eingeladen hatten die Nationalpark-Koordinierungsstelle der Naturschutzverbände in Ostwestfalen-Lippe und die Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW. An 34 Ständen gaben unterschiedliche Institutionen Auskunft über ihre Sicht der Dinge beim Thema Nationalpark, darunter auch Vertreter des Nationalparks Eifel mit dem von der Stiftung geförderten Nationalparkbus FAGABUNDUS. Das Angebot reichte von der Präsentation wissenschaftlicher Forschungsergebnisse über Mitmachangebote für Kinder bis hin zu naturtouristischen Angeboten. Stiftungsgeschäftsführer Eberhard Neugebohn war ebenfalls vor Ort und legte in seinem Grußwort noch einmal die Position der Stiftung zur Nationalpark-Kontroverse dar.



Foto: Herbert Gruber

Landesumweltminister Johannes Remmel als Schirmherr der Infomesse bezeichnete das nordrhein-westfälische Wahlergebnis als klares Mandat für einen Nationalpark Teutoburger Wald. Auf einen konkreten Zeitplan wollte sich der Minister angesichts der zu diesem Zeitpunkt noch andauernden Koalitionsverhandlungen nicht festlegen. Remmel hält die meisten Argumente der Nationalparkgegner für widerlegt, insbesondere das von den zu hohen Kosten: „Wir geben in NRW pro Einwohner und Jahr zwei Euro für den Naturschutz aus“ – wirklich keine große Summe angesichts des anhaltenden Verlustes an biologischer Vielfalt.

Die Stiftung fördert die Einrichtung und den Ausbau der Koordinierungsstelle Nationalpark Teutoburger Wald mit 86.300 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.nationalpark-ja-bitte.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3447

Neu geförderte Projekte

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

„Fairtrade-Schulen“ für NRW / TransFair e. V. Der Verein wirbt für die neue Auszeichnung „Fairtrade-Schule“, entwickelt dazu Materialien und bereitet Schulen auf die Teilnahme vor.	1.5.2012–30.4.2014 E-4735 40.000 €
Forum der Kamerunischen Diaspora Afrikanischer Dachverband NRW e. V. Verein Kamerunischer Ingenieure und Informatiker Bei einem Symposium diskutieren Experten aus der afrikanischen Diaspora mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft über den Wissens- und Technologietransfer nach Afrika.	1.3.–31.7.2012 E-4775 17.510 €
Was macht eigentlich mein Geld...? / urgewald e. V. Mit einem Leitfaden und Fortbildungen für Verbraucher will die Organisation die Nachfrage nach ethischen Altersvorsorgeprodukten und Geldanlagen fördern.	1.5.2012–31.1.2014 E-4779 37.000 €
Shangilia mtoto wa Africa – interkultureller Austausch Equalita e. V. Im Rahmen der Kinderkulturkarawane 2012 beteiligen sich ehemalige Straßenkinder aus Nairobi an Workshops in Schulen und Jugendzentren.	1.4.–31.8.2012 E-4781 12.500 €
Otros mundos – Lateinamerika in der Bildungsarbeit Informationsbüro Nicaragua e. V. Im Zentrum des Projektes stehen eintägige Workshops mit Schulklassen und Jugendgruppen zu Themen wie Kolonialgeschichte, Ökonomie oder Umweltkonflikte.	1.4.2012–30.9.2013 E-4785 25.000 €
Interkulturelle Begegnung mit jungen Südafrikanern Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V. Junge südafrikanische Clowns, meist ehemalige Straßenkinder, gestalten Workshops mit deutschen Jugendlichen, die in Jugend- und Erziehungshilfeinrichtungen leben.	20.4.–31.10.2012 E-4786 16.280 €
Corporate Design und Öffentlichkeitsarbeit Allerweltschule Köln e. V. Die im Allerweltschule angesiedelten Organisationen wollen sich mit einem gemeinsamen Corporate Design präsentieren und ihre Öffentlichkeitsarbeit ausbauen.	1.4.2012–31.1.2013 E-4788 20.934 €
Fair Trade goes To School! / Fair Trade e. V. Um das Thema Fairer Handel dauerhaft im Schulalltag zu verankern, veranstaltet der Verein einen Wettbewerb, bei dem Schulkaktionen zum Fairen Handel ausgezeichnet werden.	1.5.2012–30.4.2014 E-4789 36.350 €
Behinderung und Entwicklung: Zielgruppen nachhaltig erreichen Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Ein bestehendes Multiplikatoren-Netzwerk wird ausgebaut und qualifiziert. Außerdem werden zwei Broschüren erstellt, u. a. zur Situation von Behinderten in Entwicklungsländern.	15.6.2012–30.4.2013 E-4791 12.000 €
FairSchnitt / FEMNET e. V. Die Themen Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung werden in modebezogene Studiengänge integriert, u. a. durch Seminare, Fortbildungen und unterstützende Materialien.	1.8.2012–31.1.2015 E-4792 55.000 €
WortWelten 2012 / Bahnhof Langendreer e. V. Der Projektträger setzt die 2011 begonnene Veranstaltungsreihe „WortWelten“ fort, bei der Schriftsteller aus den Ländern des Südens ihre Werke vorstellen.	14.5.–31.12.2012 E-4793 5.240 €
Umweltpädagogische Waldstationen Waldakademie Vosswinkel Der Verein entwickelt Informationstafeln und sechs thematische Waldstationen, um den Besuchern des Wildwaldes Vosswinkel die Vielfalt der Natur näherzubringen.	1.4.2012–31.12.2013 U-3452 15.750 €
FunkySchool – mobile Kommunikation an Schulen Landesinitiative Mobilfunk/ElektroSmog e. V. Mit Unterrichtsmaterialien und Informationsveranstaltungen werden Schüler auf die gesundheitlichen Gefahren des Mobilfunks aufmerksam gemacht.	1.4.2012–31.3.2013 U-3460 18.245 €
Neugestaltung des Internetauftritts NABU Naturschutzstation Niederrhein e. V. Die Naturschutzstation baut ihre Webseite zu einer interaktiven Informations- und Kommunikationsplattform aus.	1.2.–31.10.2012 U-3462 19.624 €
Kampagne „Schwalbenfreundliches Haus“ NABU Landesverband NRW e. V. Durch Informationsveranstaltungen und Einzelberatungen für Immobilienbesitzer soll der Schwalbenschutz in Nordrhein-Westfalen verbessert werden.	1.3.2012–31.3.2013 U-3466 14.000 €
Klimaschutzflagge LAG Agenda 21 NRW e. V. Die Organisation lässt 30 Klimaschutzflaggen herstellen, mit denen vorbildliche Aktivitäten von Kommunen, Institutionen, Projekten und Unternehmen ausgezeichnet werden.	1.2.–29.2.2012 U-3469 1.994 €
Infomaterialien Umweltbildungswerk Umweltbildungszentrum Pleistalwerk e. V. Um Unterstützer für den Aufbau eines Umweltbildungszentrums zu gewinnen, werden Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit erstellt bzw. angeschafft.	1.4.–31.12.2012 U-3471 2.500 €
Erstausrüstung – Öffentlichkeitsarbeit Natur- und Landschaftsführer Siebengebirge/Rhein-Sieg e. V. Der im Herbst 2011 gegründete Projektträger druckt Flyer zum Verein und seinem Veranstaltungsprogramm und schafft einen mobilen Informationsstand an.	1.6.–31.7.2012 U-3473 2.570 €
Umweltinitiative Tabiat Fachstelle für interkulturelle Bildung und Beratung-FiBB e. V. Um Menschen mit Migrationshintergrund zu einem umweltbewussteren Verhalten anzuregen, wird ein gemeindeorientierter Ansatz mit türkischen Umweltmultiplikatoren erprobt.	1.6.2012–31.5.2014 U-3477 110.000 €
Lernstation Küche / Emshof e. V. Durch eine Lernküche können Kinder Erzeugnisse eines Schulbauernhofs verarbeiten und, unterstützt durch neu entwickelte Lernmaterialien, etwas über gesunde Ernährung erfahren.	1.5.2012–28.2.2013 U-3479 125.500 €
Vom Schaf zum Schal AG Bildung für Nachhaltige Entwicklung e. V. Mehrere Bildungsveranstaltungen informieren am Beispiel alter Schafsrassen über die Gefährdung von Haus- und Nutztierassen durch die veränderte Agrarwirtschaft.	15.6.–31.10.2012 U-3480 2.460 €
Aktionen am deutschen Nachhaltigkeitsstag Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Informationen und Aktionen in Leverkusener Schulen machen auf die Rio+20-Konferenz und das Konzept der Nachhaltigkeit aufmerksam.	29.5.–15.6.2012 U-3481 2.494 €
Art Goes Green – Kunstworkshop / CAT Cologne e. V. In einem dreiwöchigen Workshop beschäftigen sich 25 Kinder und Jugendliche künstlerisch mit Umwelt- und Klimaschutz.	15.5.–1.8.2012 U-3486 2.500 €
Anders-Weiter-Bilden LAG für eine andere Weiterbildung NRW e. V. Pädagogische Mitarbeiter von Weiterbildungs-einrichtungen entwickeln Bildungsangebote für die Bereiche Umwelt, Entwicklung und Interkultur.	1.7.2012–30.6.2013 Z-5155 16.800 €
Schulwettbewerb Vernetzte Erde 2012/13 Tatort – Straßen der Welt e. V. Die Organisation legt ihren Schulwettbewerb „Vernetzte Erde“ neu auf, mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Ressourcen und Rohstoffe.	1.1.2012–31.12.2013 Z-5186 25.000 €
Indigene Perspektiven vor und nach Rio+20 Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V. Die Organisation erarbeitet mehrere Studien und Handlungsempfehlungen zu den Anliegen indigener Gruppen bei Waldschutzprojekten.	1.3.–31.12.2012 Z-5187 28.270 €
Kita Global / Wissenschaftsladen Bonn e. V. Fortbildungsreihen sollen dazu beitragen, globales Lernen im Alltag von Kindertagesstätten zu verankern, u. a. werden Beispiele zur praktischen Umsetzung entwickelt und erprobt.	1.7.2012–31.12.2013 Z-5188 25.000 €
Risikoanalyse 2012 – Umwelt und Entwicklung Bündnis Entwicklung Hilft e. V. Zentrale Zielsetzung des Projektes ist eine Analyse des Wissensstands zur Risikobewertung von Umweltzerstörungen sowie zur Auswirkung von Katastrophen auf die Umweltsituation.	19.12.2011–19.12.2012 Z-5190 25.000 €
Soziale Folgen des Klimawandels in Lateinamerika Lateinamerika-Zentrum e. V. Durch Materialien und Veranstaltungen erhalten Schüler Informationen zu den Auswirkungen des Klimawandels in Südamerika und zum klimaschonenden Verhalten im Alltag.	1.4.2012–31.7.2013 Z-5191 8.000 €
Bildungsinitiative Regenwaldschutz Lernen-Helfen-Leben e. V. In Schulen werden Veranstaltungen zum Thema Regenwald durchgeführt, teilweise mit afrikanischen Referenten.	1.6.2012–30.11.2014 Z-5192 34.550 €
Afrika-Seminar zu Umwelt und Nord-Süd-Kooperation Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e. V. Zwei Veranstaltungen informieren über Umwelt- und Entwicklungsprojekte in verschiedenen Ländern Afrikas und ermöglichen einen Erfahrungsaustausch mit afrikanischen Experten.	19.4.–31.7.2012 Z-5196 2.500 €
Klimaschutzfinanzierungskonzept der Zivilgesellschaft fairPla.net e. V. Untersucht wird, wie sich Unternehmen und Bürger durch die Bereitstellung von einem Prozent ihres Gewinns oder Einkommens an Investitionen zum Klimaschutz beteiligen könnten.	1.4.–31.10.2012 Z-5201 33.320 €

HINWEISE

Fachtagung
Umweltzerstörung
und Katastrophengefahr

Im Zentrum der Veranstaltung steht die Studie „Risikoanalyse 2012 – Umwelt und Entwicklung“ von „Bündnis Entwicklung Hilft“. Die Untersuchung befasst sich mit der Risikobewertung von Umweltzerstörungen und der Auswirkung von Katastrophen auf die Umweltsituation. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die inhaltliche Einbindung des Themas in nationale und internationale Politikprozesse. Die Ergebnisse der Studie werden bei der Fachtagung erstmals öffentlich präsentiert und zur Diskussion gestellt. Die Stiftung fördert die Risikoanalyse 2012 mit 25.000 Euro und ist Mitveranstalter der Tagung.

→ 12. September 2012, 13 bis 17:30 Uhr
 Deutsche Welle, Bonn
 Weitere Informationen/Anmeldung:
 Bündnis Entwicklung Hilft,
www.entwicklung-hilft.de

Literaturtip
Länderstudie „Rio+20 NRW“

Zwanzig Jahre sind seit dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio vergangen. Wie haben sich die damals gefassten Beschlüsse auf Nordrhein-Westfalen ausgewirkt? Wie steht es heute um die Lokale Agenda 21 und um die Nachhaltigkeit in Kommunen? Mit diesen Fragestellungen beschäftigt sich die Länderstudie „Rio+20 NRW“, die von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG21) erstellt wurde.

Die Studie ist Teil einer bundesweiten Erhebung „Rio+20 vor Ort“. Schwerpunkt der NRW-Untersuchung war eine quantitative und qualitative Analyse von lokalen Agenda-21- und Nachhaltigkeitsprozessen, an der sich nahezu die Hälfte aller Kommunen beteiligt hat. Die Ergebnisse hat die LAG21 in einer Dokumentation zusammengefasst und mit Handlungsempfehlungen ergänzt.

Die Stiftung hat die Erstellung der Studie mit 39.155 Euro gefördert.

→ Die 74-seitige Broschüre ist als Download verfügbar unter www.lag21.de

Ausstellung
über-lebens-welten 2.0
Neue Nicaragua-Ausstellung

Das Wuppertaler Informationsbüro Nicaragua hat seine erfolgreiche Ausstellung „über-lebens-welten“ aktualisiert. Die neue Version zeichnet über sechs Jahre hinweg Lebenswege von Menschen in Nicaragua nach. Mit ihren persönlichen Einschätzungen geben sie Auskunft, wie sich die Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die Freihandelsabkommen und die Politik der sandinistischen Regierung auswirken. Die individuellen Aussagen werden ergänzt durch Analysen verschiedener nicaraguanischer Organisationen.

Die von der Stiftung geförderte Ausstellung „über-lebens-welten 2.0.“ wurde zunächst in der Volkshochschule Wuppertal-Barmen gezeigt. Seit Anfang Juli kann sie ausgeliehen werden. Ergänzend zu den zehn Ausstellungstafeln sind eine DVD, ein Ausstellungskatalog und Werbematerialien erhältlich. Das Informationsbüro Nicaragua bietet außerdem Veranstaltungen und Vorträge zu den Themen der Ausstellung an.

→ Weitere Informationen unter www.ueberlebenswelten.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4770

Fachtagung
100 Tage nach Rio+20 –
Nachhaltigkeit und Ernährung

Mit dieser Fachtagung wird das Projekt der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler „Zukunft der Ernährung“ abgeschlossen. Eine zukunfts-fähige Landwirtschaft und die Welternährungssicherung sind unverzichtbare Bestandteile einer nachhaltigen globalen Entwicklung. Fachleute fordern deshalb deren stärkere Berücksichtigung in der Nachhaltigkeitsdebatte und ein regelmäßiges Welt-Agrar-Assessment. Bei der Tagung soll ausgewertet werden, ob und welche Fortschritte sich hierzu bei der Rio+20-Konferenz ergeben haben. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der United Nations University, dem Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn und unserer Stiftung statt. Das Projekt „Zukunft der Ernährung“ hat die Stiftung mit 15.000 Euro gefördert.

→ 2. Oktober 2012, Deutsche Welle, Bonn
 Informationen:
www.zukunftderernaehrung.de


Bitte vormerken:
Symposium
Auf dem Weg zu einer neuen Agenda
für nachhaltige Entwicklung?

Die Stiftung Entwicklung und Frieden veranstaltet am 13./14. November ihr diesjähriges Bonn-Symposium. Kooperationspartner ist das Global Policy Forum Europe. Ziel der Veranstaltung ist es, den in der internationalen Zivilgesellschaft und Politik geführten Debatten über die Zukunft der MDGs und ihrer institutionellen Rahmenbedingungen in Deutschland – und speziell den UN- und Bonner Institutionen – eine Plattform zu geben. Unsere Stiftung wird sich mit einem Workshop an dem Symposium beteiligen. Veranstaltungsorte sind die Deutsche Welle und das Haus der Geschichte.

→ Weitere Informationen unter www.sef-bonn.de

Workshop
Antragstellung und
Verwendungsnachweis –
Gewusst wie!

Für potenzielle Antragsteller veranstalten wir in diesem Jahr noch zwei Workshops, in denen wir umfassend über Antragstellung, Verwendungsnachweis und andere für die Förderung relevante Fragen informieren.

→ 17. September und 26. November
 jeweils von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr
 in den Räumen der Stiftung
 → Anmeldung per Post, Fax oder per E-Mail an Gabriele.Rosemann@sue-nrw.de

Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und die Teilnahme kostenfrei.

IMPRESSUM

Ausgabe Juli 2012

Stiftung Umwelt und Entwicklung
Nordrhein-Westfalen

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
 Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
 Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
 Gestaltung: art_work_buero, Köln
 Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Der nächste Newsletter erscheint im Oktober 2012.